



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Dirr, Pius

München [u.a.], 1925

56. Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

Rückzug sehr erschwere. Das Vorgehen Deutschlands werde dadurch sehr erschwert, dass man nicht wisse, was bei den getroffenen Massregeln in Russland und Frankreich Bluff oder Ernst sei.

Solange die österreichische Antwort nicht eingetroffen sei, gehe Deutschland nicht damit vor, den „Zustand der drohenden Kriegsgefahr“ zu erklären, dem, wie die Dinge in Deutschland lägen, die Mobilisierung, und zwar nach unserer Militärverfassung die Mobilisierung der ganzen Armee, folgen müsse. Lange dürfe mit der Entscheidung in Deutschland nicht gezögert werden, da wir sonst gegen Russland und Frankreich ins Hintertreffen kämen.

Vorläufig sei man in Deutschland, nachdem schon die Beschützung gewisser Kunstbauten (Brücken, Tunnel, Funkspruchanlagen usw.) durch die Polizei verfügt worden sei, dazu übergegangen, auch den militärischen Schutz zu verfügen.

Gegen Deutschland habe Russland noch nicht mobilisiert.

Italien stehe zum Dreibund und habe nur eine gewisse Modifikation seiner Hilfeleistung angekündigt.

Die Haltung von Bulgarien und Rumänien sei unsicher.

England habe keinen Zweifel gelassen, dass, wenn der Krieg ausbreche, es nicht in der Lage sei, ruhig zuzusehen. England werde mit den Ententemächten gehen.

Der Reichskanzler äusserte zum Schluss: Es sei traurig, sagen zu müssen, dass gewissermassen durch elementare Kräfte und die langdauernde Verhetzung zwischen den Kabinetten möglicherweise ein Krieg entfesselt wäre, den kein Staat wünsche.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 56

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate ¹⁾

Bericht 414

Berlin, den 30. Juli 1914 ²⁾

Zum Telegramm von gestern

Ew. Exz. beehre ich mich in Ergänzung meiner telegraphischen Meldung von heute Nachstehendes geh. zu berichten:

Das Auswärtige Amt steht auf dem Standpunkt, dass kein Anlass gegeben sei, besondere Massnahmen bezüglich der Heimschaffung mittelloser Deutscher aus Frankreich zu treffen.

¹⁾ Telephonische Mitteilung nach München vorher 7⁴⁵ nachm.

²⁾ Der Bericht erfolgte auf eine Anfrage, ob die bayerische Vertretung in Paris Gelder für Heimschaffung bayerischer Staatsangehöriger angewiesen erhalten solle.

Solange Deutschland dort konsularisch vertreten sei, sei es Sache der deutschen Konsularbehörden, für die Heimschaffung der Deutschen Sorge zu tragen. Diese Verpflichtung erstreckte sich selbstverständlich auch auf die bayerischen Staatsangehörigen.

Von dem Augenblick an, in dem die deutschen Vertretungen aus Frankreich abberufen würden, trete diejenige fremde Mission in Tätigkeit, der der Schutz der deutschen Staatsangehörigen übertragen werde.

Archiv und Kasse werde der betreffenden Mission übergeben, und es würde ihr dann in der gleichen Weise wie sonst der deutschen Vertretung obliegen, für die Heimschaffung der deutschen Staatsangehörigen Sorge zu tragen.

Besondere Massnahmen der k. Regierung für bayerische Staatsangehörige hält das Auswärtige Amt unter diesen Umständen nicht für veranlasst.

Nach Ansicht der Reichsleitung hätte die von dem k. Ministerresidenten in Paris angeregte Massregel sogar gewisse Bedenken, insofern nämlich, als bares Geld dem Zugriff der französischen Regierung ausgesetzt wäre.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 57

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 286

Wien, den 30. Juli 1914

Die Situation hat sich seit gestern bedeutend verschärft, da Russland die Mobilisierung seiner südwestlichen Militärbezirke, das heisst von 12 Armeekorps, angeordnet hat.

Minister Sasonow hat sich den Botschaftern Pourtalès und Szápáry gegenüber beklagt, dass Graf Berchtold keinen Gedankenaustausch zulasse, und dass die unverhältnismässig grosse Zahl 8 der mobilisierten Armeekorps eine Spitze gegen Russland habe. Die Mobilisierung der 12 Armeekorps sei noch nicht der Krieg, sondern nur eine Vorsichtsmassregel; auch beabsichtige er noch nicht, den Botschafter Schebeko von Wien abzuberufen.

Graf Pourtalès hat erwidert, dass hierauf auch Deutschland zum Kriegsvorbereitungszustand werde übergehen müssen. Graf Szápáry klärte das Missverständnis auf, indem er darlegte, Graf Berchtold habe nur eine Diskussion der Notentexte und des Konfliktes mit Serbien abgelehnt, während er und er selbst (Szápáry) jederzeit zur Besprechung der österreichisch-ungarisch-russischen Beziehungen bereit sei. Die Zahl 8 der Armeekorps sei nach den seinerzeit in